

REFORM DER JAGD

Mensch, Tier, Natur



Die Fütterung der Wildschweine ist ins Gerede gekommen. Ein unnötiger Eingriff in die Natur, so der Experte Eberhard Schneider.

Foto: (c) André Weis-LNF

Zur Belebung der Debatte um die Jagd hatten die Grünen einen deutschen Referenten eingeladen. Der überraschte das Publikum, insbesondere die JägerInnen, in mehr als einer Hinsicht.

(RK) - "Früher war ich selbst ein eifriger Jäger. Ich muss sagen, es hat einfach Spaß gemacht." Die anwesenden JägerInnen staunten nicht schlecht, als sie diese Sätze aus dem Mund des Referenten, Dr. Eberhard Schneider aus Göttingen, hörten. Es waren die Grünen, die am vorigen Donnerstag, 14. März, zu dieser Konferenz unter dem Titel "Erwartungen des Natur- und Tierschutzes an die Jagd der Zukunft" eingeladen hatten. Zwei Wochen zuvor hatte die Partei bereits "13 grundsätzliche Forderungen für ein zeitgemäßes Jagdgesetz" vorgelegt.

Der Mensch, ein Jäger?

Die Konferenz hatte ein breites Publikum angezogen: Von den JägerInnen über die NaturschützerInnen bis zu den radikalen TierschützerInnen waren alle Akteure vertreten. Im ersten Teil seines Vortrags warf Eberhard Schneider die Frage auf, ob und unter welchen Umständen die Jagd überhaupt zulässig sei. Er zitierte die Argumente: "Die Jagd ist so alt wie die Menschheit? Sie geht auf Urtriebe zurück?" Das sei nur Gerede, das erste Fleisch, das die Urmenschen verzehrt hätten, sei Aas und nicht Jagdbeute gewesen.

Dennoch könne die Jagd aus "übergeordneten Gründen", wie durch zu hohe Wildbestände verursachte Waldschäden, gerechtfertigt sein. Die Vorstellung, ohne Jagd, ohne Hege und Fütterung gerate die Natur aus dem Gleichgewicht, sei aber nicht haltbar: In der Regel etablierten sich natürliche Gleichgewichte. "Eine Überbevölkerung an Füchsen auf Kosten von Niederwild, zum Beispiel Feldhasen, ist unmöglich", meinte Eberhard Schneider. Der Bestand an Raubtieren werde durch die Verfügbarkeit der Beute reguliert. Er führte die klassische Studie über

einen Rebhuhnbestand an: Der Rückgang dieser Tierart war nicht auf zu viele Beutegreifer zurückzuführen, sondern auf eine großräumige Zusammenlegung von Feldern, die zu einer einseitigeren Ackerlandschaft führte.

Wenn gejagt werde, so müssten die Störung des Wildes und das Leiden der zu erlegenden Tiere minimiert werden, so Eberhard Schneider weiter. Bei den schwer zu kontrollierenden Wildschweinbeständen empfahl er als Alternative den so genannten Saufang. Auf den gezeigten Dias konnte man sehen, wie diese Umzäunung mit einer Falltür erfolgreich eingesetzt wurde. Damit können sowohl ganze Rotten als auch selektiv nur die Frischlinge gefangen und erlegt werden.

Tierschutz pragmatisch

In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere die luxemburgische Situation angesprochen. Zwei JägerInnen bedauerten, dass ein Teil des Vortrags sehr gefühlsbetont gewesen sei. Die meisten Forderungen von Eberhard Schneider wie Fallenverbot oder kurze Jagdzeiten seien hierzulande längst erfüllt. Doch wie solle man binnen kurzer Zeit effizient jagen, wenn, wie die Grünen das verlangten, die Treibjagd verboten werde. Der Referent hatte in seinem Vortrag betont, das Störendste überhaupt für das Wild seien ständige Jagd vom Hochsitz aus und die Pirsch durch einzelne Jäger. Er schlug die Form der so genannten Drückjagd vor, bei der die Tiere nur sachte aus ihren Verstecken aufgescheucht werden.

Auch die grüne Forderung, die Jagd in Naturschutzgebieten zu verbieten, wurde kritisiert. In den kleinen luxemburgischen Wald-Reservaten müsse der Wildbestand scharf kontrolliert

werden, um die Naturverjüngung des Waldes zu ermöglichen. Eberhard Schneider hatte selber ein Beispiel aus Hessen angeführt, wo der Rehbestand bejagt werden musste, um einen Auenwald zu schützen. "Man muss unsere Forderungen genau lesen", betonte Camille Gira von den Grünen. Dort seien für das Jagdverbot Ausnahmen zur Wahrung der Schutzziele ausdrücklich vorgesehen.

Die anwesenden JägerInnen betonten mehrmals, dass sie mit der Analyse des deutschen Experten größtenteils einverstanden seien. Allerdings seien die 13 Forderungen der Grünen ein ganz anderes Kaliber - und würden der Luxemburger Situation nicht gerecht. Eine Jägerin fragte: "Warum wird ein Verbot der Fallen und der Jagd auf Tiere wie den Iltis gefordert, Dinge, die längst realisiert sind?" "Der Fuchs ist noch offen", rief jemand im Publikum. "Ja, aber die anderen Tierarten hinzu zu schreiben, das dient doch nur der Hetze gegen die Jäger", so die Jägerin.

Wem gehört der Wald?

Schließlich wurde noch über die grüne Forderung nach einer Wahrung der Eigentumsrechte von GrundbesitzerInnen gegenüber den JagdpächterInnen diskutiert. Unter Hinweis auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte hatten die Grünen, zusammen mit ihren Forderungen, eine Art Handlungsanleitung für GrundbesitzerInnen verschickt. Die informierte darüber, dass und wie man bis zum 1. Mai seine "opposition au relâchement de la chasse" anmelden könne.

Damit stifteten die Grünen die Leute an, ihre Grundstücke aus den Jagdrevieren auszuschließen, stellte ein Jäger fest. Dabei handle es sich aber um eine Fehlinformation, denn das Urteil gelte nur für die Situation in Frankreich. Camille Gira sah das anders: "Das Urteil basiert auch auf dem Eigentumsrecht, und ist also in Luxemburg anwendbar." Der Jäger gab zu bedenken, dass so Wildreviere zerstückelt würden: "Können Sie als Fachmann das verantworten, Herr Schneider?" "Eigentumsrecht gegen Revierrecht, das gilt überall", erwiderte Eberhard Schneider. Und erzählte, dass er zusammen mit Freunden dabei sei, in Katalonien lauter kleine Parzellen aufzukaufen. "Wir schreiben dann der Regierung, das seien private Reservatsflächen, und nehmen sie so aus den Jagdrevieren heraus. "Also doch ein Jagdgegner", murmelten die anwesenden JägerInnen.

Dossier Jagd von DG:

www.greng.lu/presse/JagdDossier.htm

Neues Positionspapier der LNVL zur Jagd: www.luxnatur.lu/luxnatur/lnvpos3.htm

kommentar

Un bilan bidon

En matière de politique d'éducation, le DP parle de grandes avancées alors qu'il n'y a eu que des petits pas, voire du sur-place.

Ce bilan n'en est pas un, à vrai dire. La plus grande partie de ce que le DP revendique comme succès de sa politique relève tout simplement de l'activité normale de l'administration! Invoquer comme grand succès politique p.ex. des augmentations de crédits budgétaires suite au recrutement de nouveau personnel - absolument nécessaire, comme tout le monde sait - frise le ridicule.

Le DP relève encore que la ministre a rappelé le respect des langues véhiculaires par les enseignants: bravo à la ministre. Mais là encore, c'est une affaire de bonne administration, pas d'innovation. Encore faut-il voir si la ministre est suivie et quels moyens elle se donne pour faire respecter la consigne!

Evidemment, ce contre quoi le DP veut s'élever, c'est l'opinion assez généralement acceptée que sa "nie dagewesene Bildungsoffensive" promise dans son programme électoral - avec un plan quinquennal à la clef - piétine.

La seule véritable nouveauté du programme DP en matière d'enseignement était l'alphabétisation en français. Or, elle est renvoyée aux calendes grecques, enterrée, soi-disant parce qu'aucune commune ne veut d'un projet pilote. Même pas la ville de Luxembourg dont le bourgmestre est vice-président du DP.

Faut-il rappeler au DP que ce ne sont pas les communes qui ont la responsabilité des programmes et de la pédagogie mais la ministre?! Il y va donc de sa responsabilité politique. Si elle ne fait rien pour remplir sa promesse électorale, c'est que son parti s'était trompé, et elle aussi!

De nombreux autres points du bilan restent dans le flou. Ainsi les fameux "basics" ou connaissances de base. Aucune précision sur ce qu'il faut entendre par là quant au programme à formuler. Le nouvel abécédaire serait-il ce programme? Il ne semble pas. Car un nouvel abécédaire, vingt ans après le Sim Sala Bim, est une décision administrative ou pédagogique plutôt qu'une orientation politique nouvelle.

Par contre, grand cafouillage lors de la conférence de presse sur le cycle d'apprentissage au degré inférieur de l'école primaire. S'agit-il de la promesse, dans le programme gouvernemental, de rendre possible l'apprentissage des deux premières années en trois années? Quel team-teaching préconise-t-on exactement? Le lecteur intéressé reste sur sa faim. Décidément, les coryphées du DP ne sont pas des spécialistes de l'enseignement! Même pas après deux ans et demi de responsabilité politique pour ce secteur capital!

Ben Fayot est député du POSL.

Bioboom nach BSE?

Die BSE-Krise hat auch in Luxemburg den Anfang eines Biobooms ausgelöst. Wie geht es der Branche heute?

Die verflixte Seite 6

"Déjà-vu"-Erlebnis bei unseren LeserInnen, Weinkrämpfe bei den woxx-MacherInnen. Statt eines Anti-Atomaufrufs und einigen Hinweisen auf soziale und politische Events auf der citizen-Seite konnten sich die woxx-LeserInnen letzte Woche einen gescheiterten Beitrag zur Pisa-Studie zu Gemüte führen. Nur, wie ein kurzer Blick auf das Datum in der Überzeile bestätigte, war der gleiche Beitrag bereits zwei Monate zuvor in der woxx erschienen.

Die Seite war in der Druckerei vertauscht worden, sorry ... Dass wir auch mit der falschen Seite einem gewissen Informationsbedürfnis nachgekommen sind, zeigte sich allerdings in der internen Presserevue für die Regierung. Dort hatte nämlich der etwas angestaubte Beitrag Eingang gefunden, während unsere kritische (und brandaktuelle) Wertung der Luxemburger Palästina-Politik außen vor blieb.

at home



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion: Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu),

Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Muriel Prieur (muriel.prieur@woxx.lu), Bibine Schulze (bibine.schulze@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (danielle.weber@woxx.lu) • Karikaturen: Guy W. Stoos • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Druck: Imprimerie COPE, Luxembourg • Einzelpreis: 1,49 € • Abonnements: 52 Nummern kosten 59,50 € (Ausland zzgl. 22,31€); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 € • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidaritéit mam GréngSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, Av. de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79